

Die „Wende“ von 1989/90 als Konsumrevolution

Manuel Schramm

Zusammenfassung

Die friedliche Revolution von 1989/90 wird in der Erinnerung häufig auf ihre politischen und verfassungsrechtlichen Aspekte verengt. Dabei spielte der Konsum eine wichtige Rolle sowohl für ihre Entstehung als auch für ihren Verlauf und Ausgang. Der Aufsatz zeichnet die Probleme des Konsums in der DDR nach, diskutiert die Konsumvorstellungen der Opposition in den achtziger Jahren und thematisiert Forderungen der Demonstranten, die den Konsum betrafen. Am Ende war die Hoffnung auf Teilhabe am materiellen Wohlstand der Bundesrepublik ausschlaggebend für die Entscheidung für eine schnelle Vereinigung, wie sie in den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 zum Ausdruck kam. Gegen das Stereotyp vom materialistischen Ostdeutschen ist aber festzuhalten, dass politische Teilhabe und Teilhabe am Konsum eng miteinander verwoben und kaum zu trennen sind. Die Bilanz nach fünfundzwanzig Jahren Einheit fällt in dieser Sichtweise gemischt aus. Zwar haben sich die Ostdeutschen im Konsumverhalten den Westdeutschen angenähert, aber noch immer existieren wesentliche Unterschiede.

1. 1989 – eine Konsumrevolution?

Die im Volksmund „Wende“ genannte Revolution in der DDR von 1989/90 ist mittlerweile als „friedliche Revolution“ in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegangen (Zwahr 2009; Jarausch 2009). Am 9. Oktober 2014 hielt Bundespräsident Joachim Gauck eine Rede im Rahmen des Festakts „25 Jahre Friedliche Revolution“, in der er an die Leipziger Montagsdemonstrationen von 1989, speziell an die des 9. Oktober, erinnerte und die Revolution von 1989 als Freiheitsrevolution interpretierte. Sie stand für Gauck in einer Linie mit den großen Vorbildern der Französischen und Amerikanischen Revolution sowie der deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 (Gauck 2015).

Das ist sicher nicht falsch, verengt aber die Perspektive auf die politischen und verfassungsrechtlichen Aspekte der friedlichen Revolution. Ähnlich verhält es sich mit einigen anderen vorgeschlagenen Begrifflichkeiten wie „demokratische Revolution“ (Lindner 2010), „protestantische Revolution“ (Neubert 1990), „deutsche Revolution“ (Schuller 2009), „Revolution in einem halben Land“ (Plato 2013) oder „Aufbruch der Zivilgesellschaft“ (Jarausch 2004). Sie alle thematisieren wichtige politische oder kulturelle Aspekte der Ereignisse von 1989/90, vernachlässigen aber die sozialen und ökonomischen Faktoren. Umgangssprachlich dürfte nach wie vor der Begriff der „Wende“ dominieren, der jedoch in der Fachwissenschaft auf wenig Gegenliebe stößt – zum einen, weil er auf eine Äußerung von Egon Krenz zurück geht,

und zum anderen, weil er zu diffus und unscharf erscheint (Sabrow 2009; Richter 2007; Eckert 2007).

In diesem Aufsatz soll daran erinnert werden, dass der Konsum für Ursachen, Verlauf und Ergebnis der Revolution eine wichtige Rolle spielte. Die friedliche Revolution von 1989/90 lässt sich, so die These, auch als Konsumrevolution verstehen. Damit ist keine Reduktion auf einen bloßen Materialismus gemeint, weder in dem Sinne, dass die Protestierenden im Herbst 1989 allein von wirtschaftlichen Motiven getrieben gewesen wären, noch in dem geschichtstheoretischen Sinne, dass Revolutionen immer und zwangsläufig aus materiellen Problemen resultieren würden.

Die Interpretation der friedlichen Revolution als Konsumrevolution negiert nicht die Kontinuitätslinie zu den großen Revolutionen des Westens. Gerade weil die friedliche Revolution eine Konsumrevolution war, steht sie in der Kontinuität der großen Revolutionen Europas und Nordamerikas, die alle auf ihre jeweils eigene Art Konsumrevolutionen waren. Bereits im 18. Jahrhundert setzten sich in England, aber auch in anderen europäischen Regionen neue Praktiken und Muster des Konsums durch (McKendrick/Brewer/Porter 1982; Stearns 1997). Seitdem nimmt der Konsum in Europa und Nordamerika und zunehmend auch in anderen Teilen der Welt eine zentrale gesellschaftliche Stellung ein, nicht nur in dem Sinne, dass die Menschen mehr und mehr auf moderne Formen des Konsums angewiesen sind, um zu überleben, sondern auch in der Weise, dass sich soziale Gruppen und ganze Gesellschaften über den Konsum definieren (Tanner 1996). Generell ließe sich daher die Frage stellen, ob nicht seit dem 18. Jahrhundert alle Revolutionen Konsumrevolutionen waren – einfach deswegen, weil der Konsum seit dieser Zeit mit Kultur und Gesellschaft so eng verwoben ist.

Mit Sicherheit gilt dies für die Amerikanische Revolution von 1776, die geprägt war von den Werten der Aufklärung und der kommerziellen Kultur der nordamerikanischen Siedlergesellschaft (Breen 2004). Weit entfernt davon, in der Wildnis quasi autark zu leben, bildete sich in den nordamerikanischen Kolonien seit den 1730er Jahren eine Konsumgesellschaft aus, die im Wesentlichen einen Ableger der britischen bildete. Finanziert werden konnte der Konsum durch den Export von Primärgütern (Holz, Fellen etc.) in das Mutterland. Der Protest gegen die als ungerecht empfundene Besteuerung (z.B. durch das Zuckergesetz von 1764) und Einfuhrzölle (Townshend Acts 1767) war ein Versuch, das eigene Konsumniveau aufrecht zu erhalten, und vereinte die ansonsten ethnisch, politisch und konfessionell sehr heterogenen Siedler in ihrer Eigenschaft als Konsumenten. Zum Symbol der Revolution wurde nicht zufällig die „Boston Tea Party“ von 1773 mit ihrer Zerstörung des von der britischen Ostindien-Kompanie importierten Tees.

In der Französischen Revolution von 1789 war es nicht der Tee, sondern vielmehr das Brot und der Weizenpreis, die fast jede Phase der Revolution prägten. Der Weizenpreis war 1789 stark angestiegen, und die Versorgung mit Brot bildete ein wiederkehrendes Thema in der gesamten Revolution, so dass manche Historiker sie als Elendsrevolution charakterisiert haben (Labrousse 1990: XLII; Rudé 1964: 108 f.). Für den Diskurs der Sansculotten wurden jedenfalls der Verzicht auf Luxuskonsum, die Bekämpfung der Spekulation und die Kontrolle der Nahrungsmittelpreise (durch das „Maximum“ von 1793) zentral (Sewell 1980: 107-110). Dabei ging es in den Unruhen von 1792 und 1793 nicht nur um Brot, sondern zumindest in Paris auch um andere Waren des täglichen Bedarfs wie Zucker, Seife, Kaffee, Kerzen, Fleisch und

Wein – alles Güter, die zu einem als angemessen empfundenen Lebensstandard dazu gehörten (Rudé 1964: 120). Die Revolution von 1848/49 schließlich drehte sich ebenfalls nicht nur um die Frage der deutschen Einheit und die Verabschiedung liberaler Verfassungen, sondern auch um so triviale Dinge wie das öffentliche Rauchverbot, dessen Rücknahme im März 1848 „eine der ersten formellen Errungenschaften der Revolution“ (Gailus 1990: 360) bildete.¹

Konsum kann in Revolutionen auf verschiedene Weise wirken: als Ursache (absolute oder relative Verelendung, Kontrast mit wahrgenommenem Luxuskonsum der Oberschichten), als Anlass (neue Steuern oder Zölle, die Waren verteuern), als Symbol für Unterdrückung (Rauchverbot, britischer Tee) oder für Freiheit (Kokarde, Kleidung etc.). In jedem Fall sind Forderungen nach einer angemessenen quantitativen wie qualitativen Versorgung mit Konsumgütern seit dem 18. Jahrhundert untrennbar mit der Legitimität des jeweiligen politischen Systems verknüpft (Berghoff 1999: 13), und abstrakte Werte wie Freiheit oder Demokratie bedürfen der Konkretisierung, die nicht zwangsläufig, aber häufig in Konsumgütern oder -praktiken ihren Ausdruck findet. Warum aber konnte die SED die Konsumwünsche ihrer Bevölkerung nicht befriedigen?

2. Zu viel oder zu wenig? Konsum in der DDR

Die Konsumpolitik der SED war in einem Paradox gefangen: Einerseits wurde zu viel konsumiert, andererseits zu wenig. Zu viel deswegen, weil die Ausgaben für Konsum zunehmend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft überstiegen, und zu wenig, um die Wünsche der Konsumenten zu befriedigen. In den 1970er und 80er Jahren waren es insbesondere die Subventionen für Grundnahrungsmittel und andere Ausgaben des Grundbedarfs (z.B. Kinderbekleidung, Schulbücher), die den Staatshaushalt zunehmend belasteten, aber aufgrund der befürchteten negativen Auswirkungen auf die Stimmungslage der Bevölkerung nicht gekürzt werden konnten. Ihr Umfang verdreifachte sich in den 1980er Jahren und betrug 1988 49,8 Mrd. Mark. Hinzu kamen Subventionen für die Wasser- und Energieversorgung der Wohnhäuser in Höhe von 4,2 Mrd. Mark (Gutmann/Buck 1996: 14). Die Subventionen für den Konsum nahmen, selbst ohne Mieten, einen immer größeren Teil des Staatshaushalts in Anspruch, nämlich 14 % 1982 und 21 % 1989 (Steiner 2004: 216).

Die Überforderung der Wirtschaft war der SED-Führung in der Krise des Herbstes 1989 bewusst und führte zu einer Lähmung, da niemand die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen übernehmen wollte. Der Leiter der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, befürchtete die Zahlungsunfähigkeit bereits für das Jahr 1991. Die Alternative war eine massive Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung um 25–30 % (Pirker 1995: 343 f.).² Vermeidbar war diese Entwicklung nur durch die Aufnahme neuer Kredite aus dem Westen, wohl aus der Bundesrepublik, womit die SED aber auf das Entgegenkommen der Bundesregierung angewiesen war. Die auf den ersten Blick verwunderliche Passivität („innere Lähmung“, Sabrow 2012: 22) der

1 Die Konsumgeschichte der 48er-Revolution ist aber noch nicht wirklich geschrieben. Anregend: Belting 1997.

2 Dass die DDR 1989 tatsächlich kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, wird heute allerdings bestritten. Vgl. Deutsche Bundesbank 1999; Volze 1999.

SED-Führung im Herbst 1989 erklärt sich aus der fehlenden Zukunftsperspektive aufgrund der (vermeintlichen) wirtschaftlichen Zwangslage.

Andererseits wuchs in der Bevölkerung seit Beginn der 1980er Jahre die Unzufriedenheit mit dem verfügbaren Konsumangebot in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Versorgungsmängel hatte es seit Kriegsende immer wieder gegeben. Sie waren dem System der Zentralverwaltungswirtschaft inhärent, da die Preise administrativ festgesetzt waren, somit das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nur unzureichend reflektierten und keine Lenkungsfunction für die Produktion wahrnehmen konnten. Daher wurde in Zentralverwaltungswirtschaften immer von manchen Gütern zu viel, von anderen zu wenig produziert (Merkel 1999: 80).

Dennoch ist nicht zu leugnen, dass der Wohlstand in der DDR seit der Staatsgründung 1949 deutlich angestiegen war, was sich unter anderem in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern wie Kühlschränken, Fernsehern, Waschmaschinen, Rundfunkgeräten und PKWs niederschlug. Hier war, mit Ausnahme der PKWs, in den 1980er Jahren annähernd eine Vollversorgung erreicht (Kaminsky 2001: 163). Und auch im Vergleich mit anderen sozialistischen Staaten schnitt der Lebensstandard der DDR-Bürger keineswegs schlecht ab, im Gegenteil (Merl 1997; Kaminsky 2001: 142). Dass viele Konsumenten dennoch unzufrieden waren, hing mit zwei Faktoren zusammen.

Zum einen war der Vergleichsmaßstab der meisten DDR-Bürger eben nicht das sozialistische Ausland, sondern „der Westen“, womit in der Regel die Bundesrepublik gemeint war. An sich ist das nicht verwunderlich, verfügten doch die beiden deutschen Staaten über eine gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur. Zur Erfahrungsgeschichte der DDR gehört eben auch die ständige Präsenz des Westens und der Westprodukte im Alltag. Die Vermittlungskanäle umfassten Verwandtschaftsbeziehungen und Westpakete, das Westfernsehen und nicht zuletzt die Intershops, deren Netz gerade seit den späten 1970er Jahren massiv ausgebaut wurde (Kaminsky 2001: 144 f.). In gewisser Weise war die SED-Führung sogar selbst schuld an diesen permanenten Vergleichen mit der Bundesrepublik, hatte sie doch auf dem V. Parteitag 1958 das Ziel ausgerufen, die DDR solle im Pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Lebensmittel und Konsumgüter die Bundesrepublik innerhalb weniger Jahre überholen (Kaminsky 2001: 48 f.). Die SED folgte damit dem Vorgehen Chruschtschows, der den Systemwettstreit von der militärischen Konfrontation auf die Ebene des Lebensstandards und Konsums zu verlagern suchte, mit dem Ergebnis, dass sich die Sowjetunion auf einen Wettlauf einließ, den sie nicht gewinnen konnte.

Der zweite Faktor, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Verschlechterung der Versorgungslage seit dem Beginn der 1980er Jahre. Sie hatte ihre Ursache wohl letztlich in der nachlassenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR und daraus resultierenden Zahlungsbilanzproblemen. Bereits 1980/81 hatte die Devisenverschuldung der DDR einen besorgniserregend hohen Stand erreicht, und auf sowjetischen Druck hin beschloss die SED im Sommer 1980, die Verschuldung bis 1985 zu halbieren (Steiner 2004: 195 f.). Da nun mehr exportiert und weniger importiert wurde, verringerte sich das Warenangebot, während die Löhne nicht gekürzt wurden. Somit entstand ein zunehmender Kaufkraftüberhang, der sich in Form von Versorgungslücken äußerte. Davon waren in den 1980er Jahren selbst Grundnahrungsmittel nicht mehr ausgenommen (Kaminsky 2001: 143). Anhand der Stimmungsberichte der Staatssicherheit lässt sich der Einschnitt relativ genau datieren, denn bereits im Sep-

tember 1980 berichtete der Geheimdienst, „seit Monaten“ würden die Verbraucher über Lücken im Warenangebot und verdeckte Preiserhöhungen klagen (Skyba 2004: 361).

Insofern war in der DDR bereits zu Beginn der 1980er Jahre, wenn auch im In- und Ausland weitgehend unbemerkt, eine revolutionäre Situation entstanden, die dem Muster der „Revolution der steigenden Erwartungen“ entspricht (Davies 1962). Demzufolge werden Revolutionen wahrscheinlicher, wenn auf eine längere Phase des Wachstums und der Steigerung des Lebensstandards eine plötzliche scharfe Rezession folgt. Dies scheint in der DDR durchaus der Fall gewesen zu sein. Der zwar langsamer als im Westen wachsende, aber dennoch stetig steigende Wohlstand erfuhr bereits 1980 einen merklichen Einschnitt. Bis zum Ausbruch der Revolution sollte es jedoch noch neun Jahre dauern, was mit verschiedenen Faktoren zu tun hatte: dem Fehlen einer schlagkräftigen Opposition, dem internationalen Kontext (der sich erst mit Gorbatschows Amtsantritt ändern sollte) und verschiedenen Maßnahmen der SED-Führung, die Unzufriedenheit zu kanalisieren oder sogar nach außen abzuleiten. So kam es bereits 1984 zur größten Ausreisewelle seit 1964 mit knapp 41.000 Menschen (inklusive Flüchtlinge und freigekaufte Häftlinge), die einerseits anzeigte, welche Unzufriedenheit in der Bevölkerung vorhanden war, andererseits aber auch einen Versuch der SED-Führung darstellte, die Unzufriedenen einfach loszuwerden (Neubert 1997: 526 f.; Mayer 2002: 121 f.). Die Probleme waren damit zwar nicht gelöst, aber es mangelte doch an Alternativen. Schließlich vermochte auch die quantitativ recht überschaubare Opposition keine überzeugenden Alternativen hinsichtlich des Konsums zu entwickeln.

3. Opposition und Ausreisewillige

Um das Scheitern der Bürgerbewegungen im Herbst 1989 zu verstehen, muss man die Programmatik der DDR-Opposition der 1980er Jahre kennen. Natürlich ist in Rechnung zu stellen, dass die Opposition vielfältiger staatlicher Unterdrückung, Überwachung und Zersetzung ausgesetzt war, so dass sie im Wesentlichen aus losen, zunächst unverbundenen Basisgruppen mit wenigen Mitgliedern bestand. Noch Anfang 1989 zählten die ca. 25 aktiven Oppositionsgruppen in Leipzig nur ca. 300 Mitglieder (Eckert 2014: 130). Landesweit waren es Ende 1988 ca. 300 Gruppen, deren Teilnehmerzahlen zwischen 5 und 80 variierten (Neubert 1997: 705). Ein ausgefeiltes Programm zu entwickeln war unter diesen Bedingungen kaum möglich und erschien auch unnötig, da kaum jemand mit der Möglichkeit rechnete, die Macht könnte in absehbarer Zeit an die Opposition übergehen.

Die Opposition der 1980er Jahre beschäftigte sich programmatisch vor allem mit Fragen der Abrüstung und des Umweltschutzes. Die Wirtschaftspolitik und selbst die Reisefreiheit standen nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Oppositionellen akzeptierten fast durchweg die Zweistaatlichkeit Deutschlands und versuchten eine Position der Äquidistanz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu wahren (Geisel 2005: 107). Die kirchliche Prägung vieler Oppositioneller führte hinsichtlich des Konsums zu einem „sozialethisch-asketischen Standpunkt“ (Neubert 1997: 421), und auch das Neue Forum forderte in seinem Gründungsaufruf im September 1989 eine Abkehr vom „ungehemmten Wachstum“ (Geisel 2005: 108). Die Bürgerbewegungen waren, ähnlich wie die westdeutschen „Grünen“, von postmaterialistischen Werten

durchdrungen, und viele von ihnen suchten nach einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Rochtus 1999).

Die einzige oppositionelle Bewegung mit einer Massenbasis war die Ausreisebewegung. 1985 verließen noch einmal 25.000 DDR-Bürger ihr Land (Mayer 2002: 121 f.). Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und den Ausreisewilligen war aber angespannt. Viele Oppositionelle fühlten sich von den Ausreisewilligen für deren individuelle Ziele ausgenutzt. Zudem war bekannt, dass die SED Ausreisen als Mittel zur Schwächung der Opposition einzusetzen versuchte. Schließlich kam ein politischer Zielkonflikt hinzu: Die Ausreisewilligen „stellten implizit und explizit die Frage nach der Einheit Deutschlands“ (Neubert 1997: 671), während die Oppositionellen an der DDR festhalten und sie reformieren wollten.

Problematischer als der politische Zielkonflikt oder Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen dürften aber die „lebensweltlichen Abgründe“ (Geisel 135) zwischen Opposition und Ausreisewilligen gewesen sein. Die beiden Gruppen waren vom sozialen und kulturellen Profil her durchaus unterschiedlich. Die Oppositionsgruppen waren häufig kirchennah, womit Christen in einer mehrheitlich atheistischen oder agnostischen Bevölkerung überrepräsentiert waren. Ihre Mitglieder waren außerdem häufig männlich, jung, gut gebildet und in sozialen und technischen Berufen beschäftigt (Eckert 2014: 130). Einig waren sie sich in der „Abneigung gegen kleinbürgerlich-proletarische Lebensstile“ (Eckert 2014: 123). Die Ausreisewilligen schienen just diese zu verkörpern, was zu teilweise heftigen Reaktionen führte. Die Ausreisebewegung wurde von Oppositionellen als „Schlaraffenland-Bewegung“ verunglimpft, ihre Angehörigen als „Karikatur-Ostler“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ denunziert oder als „ganz einfach unangenehm“ abqualifiziert (Geisel 2005: 135-137). Dass der alternative Lebensstil der Bürgerbewegten bei den meisten DDR-Bürgern auf keine große Gegenliebe stoßen würde, war manchen ihrer Mitglieder im Übrigen durchaus bewusst (Plato 2013: 173 f.).

Nichtsdestotrotz kam es immer wieder zu Versuchen, eine Zusammenarbeit zwischen Ausreisewilligen und Opposition zu organisieren. So gründete sich 1987 im kirchlichen Rahmen eine „Initiative gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, die versuchte, offene Gräben zuzuschütten. Ähnlich verhielt es sich mit der gleichfalls 1987 in Berlin gegründeten „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“ (Neubert 1997: 672-682). Dass es, wie bisweilen behauptet wird, seit 1987 zu einem Zusammenwirken zwischen politischer Opposition und Ausreisebewegung gekommen wäre, lässt sich so pauschal aber nicht halten. Insbesondere Berliner Gruppen wie die „Umweltblätter“ grenzten sich noch 1988 und 1989 von den Ausreisewilligen ab (Geisel 2005: 132-136). Eine Ausnahme dürfte Leipzig gebildet haben, wo es in der Tat im Rahmen des 1988 gegründeten kirchlichen „Arbeitskreises Gerechtigkeit“ zu gemeinsamen Aktionen mit Ausreisewilligen kam (Eckert 2014: 128 f.).

Aber wer waren die Ausreisewilligen wirklich? Die Berichte, die über die Proteste im Oktober 1989 in Dresden existieren, zeichnen das Bild von überwiegend jungen Menschen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vorwiegend waren es wohl junge Männer, aber auch ganze Familien wollten ausreisen (Bahr 1990: 26, 37). Insgesamt dürfte es sich eher um einfache Leute ohne höhere Bildung gehandelt haben. Als sich am 8. Oktober 1989 in Dresden zum Dialog mit den Staatsorganen spontan die „Gruppe der 20“ bildete, waren sehr verschiedene Berufe dabei: Arbeiter, Studenten, Lehrlinge, Ingenieure, Angestellte, ein Busfahrer. Sie waren es nicht gewohnt, in der

Öffentlichkeit zu sprechen – ein Zeichen dafür, dass es sich nicht um Angehörige der „Intelligenz“ handelte. Nur vier der tatsächlich 26 ursprünglichen Mitglieder hatten einen Hoch- oder Fachschulabschluss (Bahr 1990: 128, 139 f.; Richter/Sobeslavsky 1999: 5 ff.; Plato 2013: 90-92, 150-154).

Die Motive der Ausreisewilligen zu benennen ist nicht einfach. Die Schlagwörter „Schlaraffenlandbewegung“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ waren schließlich keine Selbstbezeichnungen, sondern eindeutig abwertende Charakterisierungen. Aufschlussreich sind die von dem Augenzeugen und Schriftsteller Eckhard Bahr aufgezeichneten Stimmen von Ausreisewilligen, die er Anfang Oktober 1989 am Dresdner Hauptbahnhof getroffen hatte. So werden in den Äußerungen einer 22-jährigen Anlagenfaherin aus einem Chemiebetrieb im Bezirk Halle recht diffuse Motive deutlich: „Ich geh fort, weil mich’s anstinkt. Und weil ich keine Änderung absehe“ (Bahr 1990: 19-21). Darin zeigt sich eine allgemeine Perspektivlosigkeit, verbunden mit der konkreten Angst vor einer chinesischen Lösung, also der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition wie im Juni 1989 in Peking („Wieso war denn der Krenz in China?“) Aber auch die Umweltverschmutzung („Wer bleibt auch schon gerne. In dem Dreck“) kommt zur Sprache, dazu die deprimierenden Lebensbedingungen: „Mann, da trinkt jeder mal ‘n Schluck bei uns. Zweimannzimmer im Wohnheim, trostlose Gegend. Und die Männer sind och nich aufregend ...“ Die Motive der Ausreisewilligen lassen sich also nicht auf Konsum reduzieren, sondern waren in einer diffusen Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der DDR zu suchen, verbunden mit dem wohl zutreffenden Eindruck, es würde alles nur noch schlimmer werden. Gleichwohl finden sich immer wieder Äußerungen, die darauf hindeuten, dass die Ausreisewilligen sich von ihrer Emigration ein besseres Leben, auch im materiellen Sinn, versprachen: „Bestimmt ist was drin, jobmäßig oder so, und ein Auto nicht nach fünfzehn Jahren Wartezeit. Und dann so ‘ne Trabant-Klapperkiste“ (eine 19-jährige Abiturientin, Bahr 1990: 35). Ein 22-jähriger Wirtschaftskaufmann gab an, er wolle bloß mal so zu einem Konzert nach Westberlin (Bahr 1990: 36).

Die Motive der Ausreisewilligen waren den DDR-Behörden bekannt. So beklagte das Politbüro 1988, die Übersiedler hätten „illusionäre Vorstellungen über die Lebensverhältnisse in der BRD“ (Mayer 2002: 127), und das Ministerium für Staatssicherheit listete 1989 die Gründe auf, die von 891 wegen versuchter Republikflucht verhafteten Bürgern angegeben worden waren, darunter Unzufriedenheit über die Versorgungslage und eingeschränkte Reisemöglichkeiten (Mayer 2002: 129). Für die Ausreisewelle im Oktober 1989 dürfte gerade letzteres ein Kernpunkt gewesen sein. Nach dem Schließen der Grenze zur Tschechoslowakei am 3. Oktober 1989 fühlten sich viele DDR-Bürger wie eingesperrt im eigenen Land. Als am 8. Oktober in Dresden mit der Gründung der „Gruppe der 20“ ein Dialog zwischen Demonstranten und Staatsmacht in Gang kam, gehörte die Reisefreiheit zu den zentralen Forderungen (Bahr 1990: 141 f.). Das war insofern neu, als dies in der Bürgerrechtsbewegung keine wesentliche Rolle gespielt hatte (Geisel 2005: 138 f.).

4. Der Verlauf der Revolution

Die Ausreisebewegung prägte die erste Phase der Revolution von 1989/90, die am Anfang nicht ausschließlich friedlich war (vgl. Sabrow 2012). So kam es vom 3. bis 7. Oktober in Dresden zu mehrtägigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Aus-

reisewilligen, die am Dresdner Hauptbahnhof versuchten, in einen der Züge zu gelangen, mit denen DDR-Bürger aus der Prager Botschaft in die Bundesrepublik transportiert werden sollten. Die DDR-Regierung hatte darauf bestanden, dass diese Züge über ihr Territorium geleitet werden – ein schwerer Fehler. Es kam zu heftigen Krawallen, in denen glücklicherweise kein Mensch getötet wurde, aber Demonstranten Polizisten mit Pflastersteinen und Flaschen bewarfen, ein Polizeiauto anzündeten und das Bahnhofsgebäude demolierten. Die Polizei schlug ebenfalls brutal zurück und verletzte dabei auch Unbeteiligte. 1.303 Demonstranten wurden verhaftet und zum Teil in Polizeigewahrsam weiter misshandelt (Hamelrath 2012: 204).

Der Zusammenbruch der DDR hatte mit der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich im Sommer 1989 begonnen (Kowalczuk 2009: 346). Seit Ende Juli besetzten ausreisewillige DDR-Bürger die bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ostberlin. Allein in Prag waren es ca. 8.000 Ausreisewillige (Mayer 2002: 455). Die Ausreisebewegung war eine Massenbewegung, die die SED nicht mehr ignorieren konnte. Ihre Reaktion, die Genehmigung der Ausreise über DDR-Territorium und die Schließung der Grenze zur CSSR, um erneute Botschaftsbesetzungen zu verhindern, löste die Revolution aus.

Die Opposition wurde erst in der zweiten Phase wichtig, als die Montagsdemonstrationen in Leipzig in den Mittelpunkt rückten. Zwar war es bereits am 10. September zur Gründung des Neuen Forums gekommen, und die Montagsdemonstrationen hatten ebenfalls bereits im September angefangen. Am 25. September zogen erstmals zwischen 4.000 und 8.000 Demonstranten über einen Teil des Leipziger Rings (Kowalczuk 2009: 371). Nach den Dresdner Ereignissen kam der Montagsdemonstration vom 9. Oktober besondere Bedeutung zu („Tag der Entscheidung“). Nicht nur von Seiten der Staatsmacht, auch von Seiten der Demonstranten wurde Gewalt befürchtet. Es blieb jedoch friedlich (Süß 2012). Danach überschlugen sich die Ereignisse: Bereits am 17. Oktober wurde Erich Honecker abgelöst, am 4. November eine Großdemonstration in Ostberlin abgehalten, am 9. November die Mauer geöffnet, am 13. November die Regierung Modrow gebildet, am 7. Dezember konstituierte sich der „Zentrale Runde Tisch“, und am 18. März fanden freie Wahlen zur Volkskammer statt, deren Ergebnis das Ende der DDR besiegelte.

Die Opposition spielte nur eine kurze Zeit lang überhaupt eine Rolle, nämlich in der Zeit zwischen Ende September und der Maueröffnung, als sie für die Demonstranten in Leipzig und anderswo zu sprechen schien. Nach der Maueröffnung schwand ihr Einfluss auf die Ereignisse rapide. Häufig wird die Frage nach den Gründen dieses Bedeutungsverlustes gestellt, etwa in der Weise, warum sich die Menschen von den ursprünglichen Zielen der Revolution ab- und der deutschen Vereinigung zuwandten. Die einfache Antwort ist, dass die Bürgerrechtler nie die Mehrheit der Demonstranten oder gar des Volkes repräsentierten. Es war eine Koalition auf Zeit, die nicht zufällig in Leipzig entstand, wo die Bürgerbewegung eine besondere Offenheit gegenüber den Anliegen der „normalen“ DDR-Bürger, z.B. der Ausreisewilligen, gezeigt hatte.

Aber was waren die Ziele und Motive der Demonstranten in Leipzig? Wir wissen aus Augenzeugenberichten und Umfragen (vom 4. und 11. Dezember 1989), dass die Leipziger Montagsdemonstrationen tatsächlich eine Sache der Leipziger Bevölkerung waren, Zugereiste also nur eine marginale Rolle spielten. Zwei Drittel der Demonstranten waren männlich, die große Mehrheit war unter 45 und parteilos (Zwahr 1993: 148 f.). Nähere Angaben über die Sozialstruktur lassen sich kaum machen. Stark

vertreten waren Studenten, Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte. Nur die Funktionärschicht dürfte unterrepräsentiert gewesen sein. Ansonsten handelte es sich um einen Querschnitt der (jüngeren) Bevölkerung. 30 % der Befragten hatten bereits vor dem 9. Oktober an Friedensgebeten teilgenommen (Zwahr 1993: 152). Dabei dürfte es sich um die Oppositionsgruppen und die ihnen nahe stehenden Teile der Bevölkerung gehandelt haben.

Insgesamt jedoch waren die Ziele der Demonstranten nur teilweise dieselben wie diejenigen der Oppositionsgruppen. Natürlich gab es Überschneidungen insbesondere im Bereich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Gegnerschaft zu SED und Staatssicherheit und der Ablehnung von Gewalt. Am 25. September riefen die Demonstranten „Freiheit“ und „Neues Forum zulassen“. Sie sangen die „Internationale“ und „We Shall Overcome“ (Zwahr 1993: 25 f.). Anfang Oktober kamen die bekannten Slogans „Wir sind das Volk“, „Wir bleiben hier“ und „Keine Gewalt“ hinzu (Zwahr 1993: 94). Sie bezogen sich auf die Dresdner Krawalle und markierten insofern eine Differenz, als nun nicht mehr die Ausreise, sondern Reformen in der DDR in den Mittelpunkt gerückt wurden. Ob die Distanzierung von der Gewalt ethischen Motiven folgte oder doch eher taktische Gründe hatte, wird in der Forschung bis heute kontrovers diskutiert (Pollack 2012). Der Ruf „Wir sind das Volk“ entstand als Antwort auf die Vorwürfe des Rowdytums in der DDR-Presse, war also zunächst keineswegs nationalistisch oder völkisch gemeint.

Wirtschaftliche Motive wurden am Beginn der Montagsdemonstrationen kaum oder gar nicht artikuliert. Dennoch waren sie wohl von Anfang an vorhanden. Nach einer (allerdings retrospektiven) Umfrage von 1990 unter Teilnehmern der Montagsdemonstrationen war die wirtschaftliche Unzufriedenheit ebenso verbreitet wie die politische. Explizit genannt wurde dabei die mangelhafte Versorgungslage (Opp 1993: 93). Außerdem waren über zwei Drittel der Demonstranten für die Einführung der Marktwirtschaft, und das bereits vor dem 9. Oktober 1989 (Opp 1993: 104).

Artikuliert wurden die wirtschaftlichen Forderungen jedoch erst, als die Demonstrationsfreiheit einigermaßen gesichert schien, also nach dem 9. Oktober. Insgesamt vier den Konsum betreffende Themenkreise lassen sich bei den durch Sprechchöre oder Transparente auf den Montagsdemonstrationen vorgetragenen Forderungen ausmachen, wobei freilich eine zeitliche Differenzierung zu beachten ist. Vor dem Fall der Mauer dominierten die Forderung nach Reisefreiheit und die Kritik an der verdeckten Inflation in der DDR. Der hohe Stellenwert der Reisefreiheit kam in Slogans wie „Visafrei bis Hawai“, „Visafrei bis Shanghai“ oder „Visafrei $\rightarrow$ Tschechoslowakei“ (Schneider 1990: 50, 60) zum Ausdruck. Als sich Ende Oktober ein neues Reisegesetz abzeichnete, wurden die Forderungen konkreter, vor allem sollte es nicht nur die rechtliche Erlaubnis für Reisen in das nichtsozialistische Ausland geben, sondern auch die dafür notwendigen Devisen: „Reisefreiheit real mit Devisen“ (30.10., Schneider 1990: 74). Auch die Forderung nach Öffnung der innerdeutschen Grenze wurde bereits am 23. Oktober erhoben („Egon, mach die Grenze auf“, Schneider 1990: 60).

Die Forderungen nach Reisefreiheit zeigen, dass die Demonstranten in zentralen Anliegen mit den teilweise gewaltbereiten Ausreisewilligen einer Meinung waren. Die Differenz war eher taktischer Natur: im Land bleiben oder Ausreise erzwingen war die eine Frage, Gewalt anwenden oder friedlich demonstrieren die andere. Der Druck der Demonstranten und die gleichzeitig ungebrochene Ausreisebewegung

zeigten Wirkung: Am 9. November öffnete die reformierte SED-Führung um Egon Krenz überstürzt die Grenze, offenbar in der Absicht, mit dieser Maßnahme einem zentralen Anliegen der Bürger entgegen zu kommen und die politische Initiative wiederzugewinnen (vgl. Huber 2009).

Eine zweite, weit weniger beachtete Gruppe von Slogans richtete sich gegen die Preisentwicklung in der DDR und die auseinander gehende Schere zwischen Löhnen und Preisen. Die schleichende Inflation bei offizieller Preisstabilität wurde von den Bürgern durchaus wahrgenommen und kritisiert. Zielscheibe der Kritik waren insbesondere die für den gehobenen Konsum seit den späten 1970er Jahren verstärkt ausgebauten „Delikat“- und „Exquisit“-Läden (Kaminsky 2001: 144-146): „Es ist ein Hohn, eure Preise, unser Lohn“ hieß es am 30.10., „Schluß mit Ex und Delikat, reelle Preise sind gefragt“ am 6.11. (Schneider 1990: 74, 90).

Nach der Maueröffnung am 9. November veränderte sich der Charakter der Montagsdemonstrationen. Die Mehrheit der Demonstranten, vor allem die Arbeiter, trugen neue Forderungen nach der deutschen Einheit vor, während viele Studenten der Idee einer eigenständigen DDR anhingen und die bundesdeutsche Marktwirtschaft ablehnten (Zwahr 1993: 150). Die schwarz-rot-goldene Fahne (ohne Staatseblem der DDR) ersetzte zu Beginn des Jahres 1990 mehr und mehr die selbst gefertigten Transparente (Zwahr 1993: 148). Den bekannten Slogan „Wir sind ein Volk“ hat es allerdings auf den Leipziger Montagsdemonstrationen nie gegeben; stattdessen skandierten die Teilnehmer „Deutschland einig Vaterland“ oder einfach nur „Deutschland“ (Zwahr 1993: 141). Hinter diesem Streben nach Einheit stand weniger völkischer Nationalismus als vielmehr der nachvollziehbare Wunsch, am Wohlstand des anderen deutschen Staates zu partizipieren. Einige Losungen im Dezember 1989 machten diesen Zusammenhang explizit, z.B. „Entweder Not oder Einheit und Brot!“, „Im vereinten Deutschland leben wir so wie einst das Politbüro!“ oder, bereits im November, „Im bösen Westen gibt’s vom Besten, im guten Osten nur zum Kosten!“ (Schneider 1990: 90, 141).

Der Verweis auf den Lebensstil des Politbüros kam nicht von ungefähr. Seit Mitte November häuften sich die Enthüllungen der nunmehr von Gängelung befreiten DDR-Medien über die Privilegien der SED-Funktionäre. Anstoß erregte vor allem die abgeschottete Siedlung Wandlitz bei Berlin, wo die Funktionärselite in Einfamilienhäusern wohnte, die mit kanadischem Holz, italienischen Mosaiken und westdeutscher Sanitärkeramik ausgestattet waren (Bahrman/Links 1999: 96). Nun war der Luxus dieser Häuser für westdeutsche Maßstäbe eher bescheiden, aber gemessen an den verfallenden Altbauten in Leipzig und anderen DDR-Städten mussten diese Enthüllungen für Unmut sorgen. Am 30. November nahm die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ehemalige Funktionäre auf, die unter dem Verdacht des Amtsmissbrauchs und der Korruption standen (Bahrman/Links 1999: 106). 10.000 Bürger demonstrierten in Erfurt gegen die Privilegien der Funktionäre. Auch die Montagsdemonstrationen nahmen dieses Thema auf und verknüpften es mit der Umweltproblematik wie in der Losung: „Übersiedlung der Bewohner von Wandlitz nach Mölbis“ (Schneider 1990: 128). Mölbis war ein Ort in der Nähe des Braunkohlenkombinats Espenhain, der unter den dort bei der Braunkohleverstromung anfallenden Abgasen besonders zu leiden hatte.

Die Frage der Vereinigung bestimmte schließlich auch den Ausgang der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Die „Allianz für Deutschland“, die eine schnelle

Vereinigung befürwortete, gewann die Wahl klar mit 48 %. Enttäuschend war dagegen das Abschneiden sowohl der Sozialdemokraten mit knapp 22 % wie der Grünen und Bürgerrechtsgruppen („Bündnis 90“) mit zusammen knapp 5 %. Dass die Frage der Vereinigung mit dem erwarteten Lebensstandard zusammen hing, zeigte der Wahlkampf. Die „Allianz für Deutschland“ verhalf dem Motto Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ zu neuer Prominenz und druckte es auf ihre Wahlplakate. Ein anderer Slogan lautete: „Nie wieder Sozialismus – Freiheit und Wohlstand“.³ Die Warner vor den möglichen negativen Folgen einer schnellen Vereinigung sollten zwar später Recht behalten, aber das war ein schwacher Trost. Im Wahlkampf wurden sie nach den Erinnerungen von Jens Reich („Bündnis 90“) mit Äpfeln und Tomaten beworfen, wenn sie die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit prognostizierten (Plato 2013: 192).

5. Das Stereotyp des materialistischen Ossis

Mit der Volkskammerwahl hatte die Revolution in gewisser Weise einen Abschluss gefunden. Zum einen gab es nun eine demokratisch legitimierte Volksvertretung, zum anderen waren die Weichen für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestellt. Ihre Gegner, die sowohl bei den westdeutschen Linken als auch bei den ostdeutschen Bürgerrechtlern zu finden waren, machten die angeblich einseitige Konsumfixiertheit der ostdeutschen Mehrheit für ihre Niederlage verantwortlich. Bekannt ist etwa Otto Schilys Auftritt nach der Volkskammerwahl, der, nach den Gründen für die Niederlage der SPD befragt, eine Banane aus der Tasche zog und erklärte: „Ein Argument für die Wahl ist dies hier, die schöne Banane, und ich kann das auch verstehen, dass die Menschen, die hier lange da [!] nach solchen Südfrüchten haben anstehen müssen, wenn sie überhaupt vorhanden waren, höchstens mal bei der Leipziger Messe, dass sie die gerne auch in ihrem Laden zu einem guten Preis haben wollen“.⁴ Damit machte Otto Schily die Banane zum Symbol der materiellen Überlegenheit des Westens, aber auch des Materialismus der Ostdeutschen.

Andere Kritiker hatten bereits im Herbst 1989 angesichts der Ausreisewelle den Ostdeutschen materialistische Ansichten in den Mund gelegt. Bereits am 23. Oktober 1989 trat in der ARD-Kabarettssendung „Jonas“ eine Schauspielerin auf, die einen DDR-Flüchtling darstellen sollte und den folgenschweren Satz sagte: „Ich bin hier in den Westen gekommen, denn ich möchte einen Videorekorder, einen Golf GTI und Marlboro.“⁵ Diese Trias von Konsumgütern wurde und wird bis heute gern wiederholt. Anders als bei der Banane handelte es sich bei diesen Waren um ausgesprochene Lifestyle-Produkte: kein normales Auto, sondern ein stark motorisiertes (GTI), eine bekannte, mit Cowboy-Romantik werbende Zigarettenmarke und ein Zusatzgerät zum Fernseher. Das alles waren Produkte, die im Westen eher mit den unteren Schichten assoziiert wurden, und schon deshalb Aversionen bei den Intellektuellen hervorriefen.

Die Kritik an den materialistischen Ossis war nicht nur sozial exklusiv und wohlfeil, sie übersah auch, dass in modernen Gesellschaften die politische Teilhabe sehr

3 <http://www.kas.de/wf/de/191.1039/> (24.11.2015).

4 Oft wird behauptet, Schily habe die Banane stumm in die Kamera gehalten, aber das stimmt nicht. <http://www.myvideo.de/watch/866305/BANANENWAHL> (24.3.2015); <http://konsumgeschichte.blogspot.de/2015/11/otto-schily-und-die-banane.html> (24.11.15).

5 <http://www.nyaryum.de/17804-Gorbatschow-und-die-Opfer-des-Gulag> (24.11.2015).

eng mit der Teilhabe am Wohlstand verknüpft ist. Dass der Konsum für die Ostdeutschen einen hohen Stellenwert hatte, lag nicht zuletzt daran, dass sie sich gegenüber den Westdeutschen nicht länger als Menschen zweiter Klasse fühlen wollten. Im Übrigen ist im Gegensatz zu dem Zerrbild des von der Werbung leicht manipulierbaren, in einen Kaufrausch verfallenden Osis festzuhalten, dass genau das nach der Währungsunion vom 1.7.1990 nicht passierte. Zwar veränderte sich das Konsumverhalten durchaus, aber der Saldo aus Guthaben, Krediten und Bargeldbeständen ging im zweiten Halbjahr 1990 gegenüber 1988 nur unwesentlich zurück (Ebert 1997: 155). Die Ostdeutschen steigerten sich also nicht in einen Kaufrausch, sondern schichteten die Ausgaben um. Statt Fleisch, Fisch und Genussmitteln wurden nun mehr Obst und Gemüse (darunter auch Bananen) gekauft. Zudem gab es einen Nachholbedarf bei langlebigen Konsumgütern wie PKWs, Unterhaltungselektronik und Möbeln, der nunmehr befriedigt wurde. Insgesamt konsumierten die Ostdeutschen in den frühen 1990er Jahren sehr vorsichtig. Kreditkäufe waren seltener als im Westen, und die Sparquote ging nur kurzzeitig zurück, stieg danach aber wieder an (Ebert 1997: 227 f.).

6. 25 Jahre Revolution – eine Bilanz

Begreift man die friedliche Revolution lediglich oder in erster Linie als Freiheitsrevolution, wird man nach fünfundzwanzig Jahren eine positive Bilanz ziehen. Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet, die Bundesrepublik ist eine funktionierende Demokratie, eine Einparteienherrschaft droht nicht. Berücksichtigt man jedoch den Konsum und die Wirtschaft, so stellt sich das Bild differenzierter dar. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost ist auch nach fünfundzwanzig Jahren noch nicht gelungen. Der rasante Aufholprozess der frühen 1990er Jahre ist ins Stocken geraten. Die Stundenlöhne in Ostdeutschland erreichen gerade 77 % des Westniveaus (Bosch/Kalnia/Weinkopf 2014). Solange die Lohndifferenz so ausgeprägt ist, werden sich auch Konsum und Lebensverhältnisse nicht vollständig angleichen. So ist die Verbreitung bestimmter, vor allem gehobener Konsumgüter im Osten deutlich weniger ausgeprägt. Manche Beobachter sprechen vom „Cabrio-Graben“ zwischen Ost und West.⁶

Nun lässt sich einwenden, dass dies ein Luxusproblem ist, da der Besitz von Cabrios oder anderen teuren Autos entbehrlich ist, und dass der Lebensstandard in Ostdeutschland verglichen mit süd- oder osteuropäischen Ländern immer noch hoch ist. Dasselbe hätte die SED 1989 allerdings auch behaupten können. Der Vergleichsmaßstab war und ist aber die Bundesrepublik bzw. die alten Bundesländer.

LITERATUR

- Bahr, Eckhard (1990): Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden, Leipzig.
 Bahrmann, Hannes und Christoph Links (1999): Chronik der Wende. Die Ereignisse in der DDR zwischen 7. Oktober 1989 und 18. März 1990, Berlin.
 Belting, Isabella (1997): Mode und Revolution. Deutschland 1848/49, Hildesheim.

6 <http://www.welt.de/motor/article134179106/Cabrio-Graben-teilt-Deutschland-in-Ost-und-West.html> (25.3.2015).

- Berghoff, Hartmut (1999): Konsumregulierung im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Forschungsansätze und Leitfragen, in: Hartmut Berghoff (Hg.): Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert, Göttingen, 7-21.
- Bosch, Gerhard, Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf (2014): 25 Jahre nach dem Mauerfall – Ostlöhne holen nur schleppend auf, SOEP Papers on multidisciplinary panel data research 711.
- Breen, Timothy (2004): The Marketplace of Revolution. How Consumer Politics shaped American Independence, Oxford.
- Davies, James C. (1962): Toward a Theory of Revolutions, in: American Sociological Review 27, 5-19. <http://dx.doi.org/10.2307/2089714>
- Deutsche Bundesbank (1999): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975-1989, Frankfurt am Main.
- Ebert, Elvir (1997): Einkommen und Konsum im Transformationsprozess. Vom Plan zum Markt, vom Mangel zum Überfluss, Opladen. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-92432-2>
- Eckert, Rainer (2007): Gegen die Wende-Demagogie – für den Revolutionsbegriff, in: Deutschland Archiv 40, 1084-1086.
- Eckert, Rainer (2014): Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Halle.
- Gauck, Joachim (2014): Rede zur Demokratie, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/10/141009-Rede-zur-Demokratie.html> (24.11.2015).
- Geisel, Christof (2005): Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, Berlin.
- Gutmann, Gernot und Hannsjörg Buck (1996): Die Zentralplanwirtschaft der DDR. Funktionsweise, Funktionsschwächen und Konkursbilanz, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen, 7-54. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-95835-8_1
- Hamelrath, Edward (2012): Zwischen Gewalteskalation und Sicherheitspartnerschaft. Der Fall Dresden, in: Martin Sabrow (Hg.): 1989 und die Rolle der Gewalt, Göttingen, 203-229.
- Huber, Florian (2009): Schabowskis Irrtum. Das Drama des 9. November, Berlin 2. Aufl.
- Jarausch, Konrad (2004): Aufbruch der Zivilgesellschaft. Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, Bonn.
- Jarausch, Konrad (2009): Der Umbruch 1989/90, in: Martin Sabrow (Hg.): Erinnerungsorte der DDR, München, 526-535.
- Kaminsky, Anne (2001): Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2009): Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Berlin.
- Labrousse, Ernest (1990): La crise de l'économie française à la fin de l'Ancien Régime et au début de la Révolution, Paris 2. Aufl.
- Lindner, Bernd (2010): Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn.
- Mayer, Wolfgang (2002): Flucht und Ausreise. Botschaftsbesetzungen als wirksame Form des Widerstands und Mittel gegen die politische Verfolgung in der DDR, Berlin.
- McKendrick, Neil, John Brewer and John Porter (1982): The Birth of a Consumer Society. The Commercialization of Eighteenth-Century England, London.
- Merkel, Ina (1999): Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln. <http://dx.doi.org/10.7788/boehlau.9783412316297>
- Merl, Stephan (1997): Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Russland und die ostmitteleuropäischen Länder, in: Hannes Siegrist, Jürgen Kocka und Hartmut Kaelble (Hg.): Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18.-20. Jahrhundert), Frankfurt/ New York, 205-244.
- Neubert, Erhard (1990): Eine protestantische Revolution, Berlin.

- Neubert, Erhard (1997): *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin.
- Opp, Karl-Dieter und Peter Voss (1993): *Die volkseigene Revolution*, Stuttgart.
- Plato, Alexander von (2013): *Revolution in einem halben Land. Lebensgeschichten von Oppositionellen in der DDR und ihre Interpretation*, in: Alexander von Plato (Hg.): *Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen*, Berlin, 23-278.
- Pollack, Detlef (2012): *Die Friedlichkeit der Herbstakteure 1989*, in: Martin Sabrow (Hg.): *1989 und die Rolle der Gewalt*, Göttingen, 108-128.
- Richter, Michael (2007): *Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs*, in: *Deutschland Archiv* 40, 861-868.
- Richter, Michael und Erich Sobeslavsky (1999): *Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90*, Köln.
- Rochtus, Dirk (1999): *Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/90*, Leipzig.
- Rudé, George (1964): *The Crowd in History. A Study of Popular Disturbances in France and England, 1730-1848*, New York.
- Sabrow, Martin (2009): „Wende“ oder „Revolution“? Der Herbstumbruch von 1989 und die Geschichtswissenschaft, http://www.zzf-pdm.de/Portals/images/default/02_04_09%20Wende%20oder%20Revolution.pdf (24.11.2015).
- Sabrow, Martin (2012): „1989“ und die Rolle der Gewalt in Ostdeutschland, in: Martin Sabrow (Hg.): *1989 und die Rolle der Gewalt*, Göttingen, 9-31.
- Schneider, Wolfgang (Hg.) (1990): *Leipziger Demontagebuch. Demo, Montag, Tagebuch, Demontage*, Leipzig.
- Schuller, Wolfgang (2009): *Die deutsche Revolution 1989*, Berlin.
- Sewell, William H. (1980): *Work and Revolution in France. The Language of Labor from the Old Regime to 1848*, Cambridge. <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511583711>
- Skyba, Peter (2004): *Konsumpolitik in der DDR 1971 bis 1989. Die Verbraucherpreise als Konfliktgegenstand*, in: Rolf Walter (Hg.): *Geschichte des Konsums*, Stuttgart, 343-366.
- Stearns, Peter (1997): *Stages of Consumerism. Recent Work on the Issue of Periodization*, in: *Journal of Modern History* 69, 102-117. <http://dx.doi.org/10.1086/245442>
- Steiner, André (2004): *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München.
- Süss, Walter (2012): *Der friedliche Ausgang des 9. Oktober in Leipzig*, in: Martin Sabrow (Hg.): *1989 und die Rolle der Gewalt*, Göttingen, 173-202.
- Tanner, Jakob (1996): *Der Mensch ist, was er isst. Ernährungsmythen und Wandel der Esskultur*, in: *Historische Anthropologie* 4, 399-419. <http://dx.doi.org/10.7788/ha.1996.4.3.399>
- Volze, Armin (1999): *Zur Devisenverschuldung der DDR. Entstehung, Bewältigung und Folgen*, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): *Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen, 151-187. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-93229-7_4
- Zwahr, Hartmut (1993): *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 2. Aufl.
- Zwahr, Hartmut (2009): „Wir sind das Volk!“ in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München, 253-268.